



Foto: Edipress/Alain Rischard

Luc Laboulle

Um die Verhandlungen nicht schon vor der ersten Sitzung zu gefährden, hält die Regierung die Tagesordnung der Tripartite vage. Nur der Index-Mechanismus stehe nicht zur Disposition, sagte Premier Luc Frieden am Freitag. Am Dienstag stellen das Stateg und der Energiekommissar Zahlen vor, danach sind drei Wochen „Pause“.

Eine sogenannte „Index-Tripartite“ wie zuletzt im März 2022, als Regierung, Patronat, CGFP und LCGB die Verschiebung einer Tranche ohne den OGBL beschlossen hatten, der deswegen am 1. Mai auf die Straße ging, steht in den nächsten Wochen wohl nicht bevor. Das machte CSV-Premier Luc Frieden am Freitag deutlich, als er nach dem Regierungsrat Sitzung sagte wie, „et ass kloer fir eis, datt den Index net a Fro gestallt gëtt“, „den Index ass a Stee gemeesselt“, die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation sei Teil des Luxemburger Sozialmodells und stehe daher in der Tripartite „net zur Disposition“.

Neben den seit der nationalen Demonstration gegen die Politik der Regierung vor rund elf Monaten in einer „Union des Syndicats“ verbündeten Gewerkschaften OGBL und LCGB hatte auch die CGFP vergangene Woche die Regierung gewarnt, „jede Diskussion über eine Deckelung, Abschwächung oder strukturelle Eingriffe“ des Index werde von ihr entschieden zurückgewiesen: „Wer am Index rüttelt, gefährdet den sozialen Frieden.“

Patronat stellt um

Bei den bilateralen Treffen mit den Sozialpartnern am Mittwoch zur Vorbereitung der Tripartite hatte die Regierung die CGFP getrennt von den anderen beiden national repräsentativen Gewerkschaften getroffen. Anders als OGBL und LCGB will die Staatsbeamtengewerkschaft bei der Tripartite nicht über Wohnungsbau und wirksamere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung reden und auch nicht über den Mindestlohn, liegen die Anfangsgehälter beim Staat in den unteren Laufbahnen dank des Gehälterabkommens im öffentlichen Dienst doch fast 1.000 Euro über dem unqualifizierten Mindestlohn.

Das Patronat hat sich indes kurz vor der Tripartite neu aufgestellt. Nachdem schon Ende Februar bekannt geworden war, dass der langjährige UEL-Prä-

sident Michel Wurth den Direktor des Unternehmerdachverbands Marc Wagener als Generaldirektor zur „Croix-Rouge“ holen würde (er wird diese Stelle Mitte Mai antreten), teilte die UEL vergangene Woche mit, dass sie ihrem aktuellen Präsidenten Michel Reckinger (59), Erbe und Besitzer eines mittelgroßen Sanitärbetriebs aus Ehleringen, den vom Limpertsberger Metzgerssohn zum CEO der von der linksliberalen Industriellenfamilie Laval-Tesch gegründeten und in Generationen geführten Versicherungsgruppe Foyer aufgestiegenen Marc Lauer ab sofort zur Seite stellt, damit er Reckinger im Oktober an der Spitze der UEL ablöse. Lauer (61), seit vergangene Jahr Verwaltungsratspräsident der Foyer-Gruppe und seit drei Jahren Vizepräsident des Interessenverbands der Versicherungsgesellschaften ACA, wird der erste Präsident des 2000 gegründeten und lange Zeit von der Arbed dominierten Unternehmerdachverbands, der aus der Finanzindustrie kommt.

Paperjam und der Direktor der Handelskammer, Carlo Thelen, hatten die bevorstehende Tripartite vergangene Woche zur „Energie-Tripartite“ erklärt, Marc Lauer sagte dem *Wort*, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern, seien für das Patronat die wichtigsten Diskussionspunkte Energie und Inflation.

Zur Wettbewerbsfähigkeit trügen aber nicht nur die Lohnkosten, sondern auch „Elemente“ wie Energiekosten, Fiskalität und Lohnnebenkosten bei, meinte Lauer. Michel Reckinger sagte dem *Paperjam*: „Si nous parvenons à maîtriser l’inflation, nous aurons résolu la plupart des problèmes“ und erinnerte an die Tripartite von „vor drei oder vier Jahren“, als infolge des Kriegs in der Ukraine ebenfalls die Energiepreise stiegen: „Nous savons ce qui a fonctionné il y a quatre ans.“

Um die Inflation zu bremsen, beschlossen Regierung und Sozialpartner damals drei „Solidaritätspäck“, die der Staat mit Hunderten von Millionen Euro bezahlte: Gaspreiskeckel, Strompreiskeckel, staatliche Beteiligung an den Netzkosten. Steuerkredite für Haushalte mit niedrigen Einkommen sowie Zuschüsse und Steuererleichterungen für Bürger, energieintensive Betriebe und von gestiegenen Rohstoffpreisen besonders betroffene Branchen. Die dritte Indextranche im Jahr 2023, die durch die Verschiebung derjenigen von 2022 zustande gekommen war, bezahlte ebenfalls der Staat. Den Energiepreiskeckel ließ die CSV-DP-Regierung vergangene Jahr auslaufen, übernahm aber den Kompensationsmechanismus für grünen Strom und einen Teil der Netzkosten, was den Staatshaushalt mit rund 300 Millionen Euro belastet.

Der Unterschied zwischen „vor drei oder vier Jahren“ und heute ist, dass einerseits das Verhältnis zwischen der vorigen DP-LSAP-Grünen-Regierung und den Gewerkschaften OGBL und LCGB weniger angespannt war und andererseits der „Sputt“ im Staatshaushalt größer und die Staatsverschuldung geringer waren.

Alles offen

Noch weiter steigen wird das Loch im Staatsbudget, weil CSV-Finanzminister Gilles Roth die von der DP versprochene Individualisierung der Einkommenssteuer so umsetzen will, dass „kei wäert dobäi verliëren“ und dadurch Steuerverluste in Höhe von über einer Milliarde Euro hinnimmt und die EU die Regeln für Sozialleistungen dahin gehend ändert, dass Luxemburg Grenzgängern Arbeitslosengeld länger als drei Monate zahlen muss, was laut CSV-Arbeitsminister Marc Spautz den Staat jährlich 200 Millionen Euro zusätzlich kosten könnte.

Um die Gewerkschaften nicht schon vor Beginn der Verhandlungen gegen sich aufzubringen und die Tripartite zu gefährden, hält die Regierung die Tagesordnung vage: „All d’Sozialpartner si fräi, fir déi Moosname mat op den Dësch ze leën, déi si fir richtig fannen, an da gëtt doriwier

diskutiert“, sagte der Premier am Freitag, vorausgesetzt, sie stünden im Zusammenhang mit dem Krieg im Mittleren Osten. Das schließt Verhandlungen über den Mindestlohn nicht aus und auch der Wohnungsbau könnte vom Krieg im Iran beeinflusst werden, etwa wenn die Europäische Zentralbank beschließen würde, den Leitzins wegen steigender Inflation zu erhöhen. Einig mit den Sozialpartnern sei man sich darüber, dass „relativ schnell Moosname fir d’Leit a fir d’Betriber“ gefunden werden müssten, sagte Frieden. Nach den schlechten Umfragewerten von vor einer Woche stehen er und seine Partei unter hohem politischen Druck. Auch gegenüber dem Koalitionspartner DP, der in der letzten „Sonndesfro“ mit der CSV gleichgezogen ist. Bei der ersten Tripartite-Sitzung am Dienstag im „European Convention Center“ am Fuße des „Héichhaus“ auf Kirchberg (das Schloss Sennigen, wo die letzten Tripartiten stattfanden, wird gerade renoviert) werden das Stateg und der Energiekommissar der Regierung, Simeon Hagspiel, die beide dem Wirtschaftsminister unterstehen, „eng ganz Rei Zuelen“ präsentieren, die ebenfalls dem Parlament und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen, wie der Premier am Freitag ankündigte.

OGBL und LCGB haben beantragt, dass das Stateg nicht nur Zahlen zu Inflation und Wachstum vorstellt, sondern auch zur sozialen Lage: Löhne, Armut, Kaufkraft, Beschäftigung. Und zur Situation der Betriebe und des Kapitals: Details zu den Margen der Unternehmen, Energieausgaben nach Sektor, die Auswirkungen der 2025 gesenkten Betriebsbesteuerung, die Verteilung des Immobilienbesitzes. Nach der Sitzung organisieren OGBL und LCGB am Dienstagabend eine Delegiertenkonferenz im Parc Hotel Alvisse, um ihrer Forderung nach einer strukturellen Erhöhung des Mindestlohns Nachdruck zu verleihen.

Die eigentlichen Tripartite-Verhandlungen beginnen erst am 2. Juni. Nächste Woche (am 19. Mai) wird Luc Frieden im Parlament seine Rede zur Lage der Nation halten, danach sind Pfingstferien. Die CGFP bemängelte vergangene Woche in einer Mitteilung, die Tripartite hätte deutlich früher einberufen werden müssen, die längere Wartezeit bis Anfang Juni sei „angesichts der bereits spürbaren finanziellen Belastungen vieler Haushalte nicht nachvollziehbar“.

CSV-Premier Luc Frieden stellte am Freitag nach dem Regierungsrat im Staatsministerium die Tagesordnung zur Tripartite vor

„Den Index ass a Stee gemeesselt“

TRIPARTITE Am Dienstag stellt das Stateg Zahlen vor, danach sind drei Wochen „Pause“